

Protokolleintrag vom 21.03.2012

2012/117

Erklärung der FDP-Fraktion vom 21.03.2012:

Anpassung der Tarife des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich

Namens der FDP-Fraktion verliest Joachim Hagger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Links-Grünliberale Zwängerei

Die FDP-Fraktion ist froh, dass nach mehr als einem Jahr Beratung die Tarifierungs-weisung des ewz endlich im Gemeinderat behandelt werden kann. Die Weisung wurde vom Stadtrat am 16. März 2011 verabschiedet und dem Gemeinderat zur Behandlung überweisen, also fast genau vor einem Jahr. Das Ziel waren angepasste Tarife für das Jahr 2012, um die sich abzeichnenden Mehrkosten abwälzen zu können. Weil die Linken und Grünliberalen die Behandlung der Vorlage verzögerten, musste der Stadtrat mit einer Schnellweisung fürs 2012 ein Übergangsbonus einführen, um Preissprünge zu vermeiden. Die Kommission beanspruchte sowohl das ewz als auch die Verwaltung auf übermässige Weise. Mit dieser langen Behandlungsdauer einer an und für sich einfachen Tarifierung haben die Verzögerer auf linker und grünliberaler Seite gezeigt, dass sie aus ideologischen Gründen aus einer dringend notwendigen Tarifierung eine atompolitische Richtungsdebatte anzetteln wollen. Der Schaden trägt das ewz und mit ihm die Stadt Zürich, denn durch die Verzögerung entstehen jährlich Mindereinnahmen von 20 Millionen Franken. Diese hätten sinnvollerweise für erneuerbare Energien eingesetzt werden können.

Dem nicht genug: Für die heutige Sitzung mussten noch ein paar Motionen nachgereicht werden, welche den Atomausstieg des ewz auf einen fixen Zeitpunkt erzwingen wollen, unabhängig von Entscheidungen auf Bundesebene. Dies alles, ohne dass damit auch nur eine Kilowattstunde weniger Kernenergie produziert wird und ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die Stadt Zürich bereits für eine kernenergiefreie Zukunft entschieden hat. Dass dem ewz zur Umsetzung dieser Weisungen auch nicht genügend Zeit gelassen wird, um eine fundierte Lösung zu präsentieren, versteht sich von selbst. Es ist äusserst unfair, selbst die Arbeit zu verzögern und zuzulassen, dass die Andern die verlorene Zeit wieder aufholen müssen.

Trotzdem wird die FDP die abgeänderte Weisung annehmen und zwar aus drei Gründen:

1. Die gestiegenen Kosten durch zusätzliche Abgaben auf Bundesebene, welche vom ewz bis jetzt selber getragen wurden, können an die Verbraucher weiterverrechnet werden.
2. Die Bonusregelung wird flexibilisiert und an die Gewinnentwicklung des ewz gekoppelt
3. Der Niederspannungstarif NNB1 für Kundinnen und Kunden mit mehr als 500'000 kWh Jahres-verbrauch kann endlich eingeführt werden.

Das ewz braucht angepasste Tarife, keine ideologischen Fesseln.